

## Lehren aus der Krise 2009-11

„Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?“ – Arbeit ist ausschließlich Dienst am Gewinn

„Was wird aus unserem Geld?“ – Geld dient dem Bankgeschäft oder ist weg

Die „Systemrelevanz der Banken“ – Aus Schulden (mehr) Gewinn und Kapital machen, das ist das ganze System des Wirtschaftens

„Warum rettet der Staat die Banken mit Mrd, und für Arme hat er immer kein Geld?“ – Der Staat sichert kapitalistischen Reichtum und ausnutzbare Armut, denn dieses Produktionsverhältnis von abstraktem Reichtum ist seine Basis und sein Programm

Eins muss ich nicht: Informieren, was die Krise alles kaputt macht, wie die Lohnabhängigen in Not gebracht werden und was noch auf sie zukommt.

Im demokratischen Kapitalismus wird da nichts verschwiegen oder geschönfärbt. Die Propaganda geht anders: Alles was das kapitalistische Unternehmertum mit seiner *Krise* anrichtet, wird den Menschen als Gegenstand ihrer *Sorge* nahegebracht; und zwar so, dass sie ihre persönlichen Finanzsorgen gleich in eins setzen sollen mit der Sorge, das kapitalistische Unternehmertum möge doch bitte bloß schnell wieder zu seinen *normalen, gelingenden Geschäft* zurückfinden; wer sich *so* sorgt und sogar wer sich so ärgert, bekommt Sendezeit und Anerkennung. Die Schäden, die das Kapital anrichtet und androht – als Argument für sein Weitermachen und – hoffentlich - Gelingen!

Dagegen möchte ich ein paar andere Schlussfolgerungen aus der Krise ziehen und vorstellen: Was das derzeitige Misslingen des kapitalistischen Geschäfts klarmacht über die *maßgeblichen Ziele* dieses Wirtschaftssystems, an denen es jetzt grad mal scheitert und die den normalen Geschäftsgang leiten und in ihm gelingen; und wie der *Lebensprozess* der Gesellschaft und die *Arbeitenden* in diesem System vorgesehen und *eingespannt* sind. (Da wird sich auch klären, warum keine Vorschläge zur Krisenbewältigung rauskommen, fürs Große Ganze schon gar nicht, aber auch nicht für den Kleinen Mann in diesem.)

### „Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?“ – Arbeit ist ausschließlich Dienst am Gewinn

Wenn jetzt, wo sich das Geschäft nicht lohnt, die Unternehmen Arbeitskräfte auf Kurzarbeit setzen oder gar entlassen, dann bricht bei denen Knappheit aus. Also: wird die Arbeit nicht eingestellt, weil die Bedürfnisse gesättigt; sondern *nur, weil sich Geschäft nicht lohnt*. Weil das *Plusmachen* des Kapitals nicht klappt, schickt es die Lohnabhängigen ins *Minus* beim Lebensunterhalt.

So ist Krise nichts als die Extremform des Normalen: Arbeit gibt es im Kapitalismus *nur, wenn sie sich rentiert* für die Investoren, und nur dann gibt es auch das davon abhängige Einkommen. Dass Lohnarbeit im Normalfall eine unsichere Einkommensquelle ist, weiß jeder moderne „Arbeitnehmer“: Immerzu „rationalisieren“ die Arbeitgeber, d.h. senken die Zahl zu bezahlender Arbeitskräfte und erhöhen ihren output, damit Arbeit für sie rentabel; immerzu zwingen die Unternehmer ihre Ertragsschwankungen am Markt den Beschäftigten als Flexibilisierung von deren Löhnen und Erholungszeiten auf.

Aber der Lohn-Abhängige möchte an wenigstens eine *Verträglichkeit* in diesem System glauben: Wenn er doch schon arbeiten gehen *muss* für Geld, weil alles Leben kostet und er sonst keine Geldquelle hat, dann müsste doch diese Wirtschaft irgendwie dafür da sein, dass das auch *geht*; dann müssen Unternehmer doch „Arbeitgeber“ sein.

Krise beweist in Extremform: So ist es nicht. Der Lohnbedarf hat kein Kommando darüber, welche Arbeit organisiert wird. Wo kein Gewinn, da keine Arbeit und kein

Arbeitseinkommen– egal wie viele eins brauchen. Gearbeitet wird *ausschließlich* für Gewinn, für den bezahlen Unternehmen sogar Lohn. Anders: Lohn zahlen sie nur als Kosten für ihren Gewinn. Ob der Lohn reicht, ist noch ganz eine andre Frage.

Was moderne Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften davon durchaus wissen, ist ihre *Abhängigkeit* von der Gewinnkalkulation der Unternehmen. Aus der ziehen sie einen fatal verkehrten Schluss: Sie müssten sich fürs Gelingen der Gewinnkalkulation einsetzen, damit sie „Beschäftigung“ haben, damit irgendwie auch Einkommen rüber wächst...Sie tun so, als wäre ihr Berücksichtigen des Gewinninteresses ungefähr so eine Rücksichtnahme auf eine Bedingung, wie das Einhalten einer Bedienungsanleitung bei der Arbeit. Ist es aber nicht. Beweis: die Angebote der Gewerkschaft in der Krise. Um die „Arbeitgeber“ aus der Krise und zum gewinnbringenden Produzieren zu bringen, bieten Gewerkschaften Verzicht auf Lohn und unbezahlte Arbeitsleistung auf Kosten der Erholungszeit an. Berücksichtigen nicht eine Bedingung, damit das Arbeitseinkommen kommt, sondern opfern dieses. Gewinn ist eben ein *entgegengesetztes* Interesse zum Interesse, von Lohn zu leben. Von diesem entgegengesetzten Interesse sind Lohnabhängige abhängig, nicht von einer mit Umsicht zu meisternenden Bedingung.

Und dann ist in der Krise auch noch diese Erfahrung zu machen: Das ganze Opfer der Lohnabhängigen nutzt gar nichts. Lohnkostensenkung und Arbeitsleistungsangebote nehmen Unternehmer zwar gern mit, aber was Gewinn ist und was davon genug, entscheiden nur sie, und noch mal nur sie in ihrer Konkurrenz. (Opel)

Es stimmt eben auch die Fassung vom Glauben an die Verträglichkeit nicht: Krise schadet allen; alle müssen zurückstecken, um aus der Krise zu kommen. Wenn Lohnabhängige Kurzverdienst haben oder ganz den Verdienst verlieren, ist das gar nicht der gesellschaftliche Schaden, der Krise heißt: Krise heißt, Gewinnmachen der Kapitale geht nicht genug. Dieser Schaden der Kapitale wird sogar kleiner, wenn sie weniger Lohn bezahlen müssen, der Schaden der Lohnabhängigen also größer wird. Keinen Lohn zahlen, damit halten Unternehmen ihr Kapital zusammen, um aus der Krise neu zu starten; Lohnkostensenkung ist sogar ein Mittel für die Unternehmen, aus der Krise zu kommen. Undenkbar als Mittel ist, dass sie beim Gewinn zurückstecken. Nur wenn *sie* wieder Gewinn machen, dann sind „*wir*“ wieder „vor der Krise“ (Merkel).

### **„Was wird aus unserem Geld?“ – Geld dient dem Bankgeschäft oder ist weg**

Die Sorge gab und gibt es – zu Recht. Aber erkennen kann man anlässlich der Krise etwas mehr; nämlich dass „unser Geld“ gar keine korrekte Rede bei Normalverdienern in dieser Gesellschaft ist. Lohnabhängige sind und bleiben die *Eigentumslosen*, VW hin, DomRep her; Geld besitzen sie immer nur vorübergehend. Echtes Eigentum an Geld liegt nur da vor, wo es als Kapital Plus abwirft, bei Finanz-, Industrie-, Handelsunternehmen.

Kaum zahlen Unternehmen in der Krise nicht den gewohnten Lohn, schmelzen die „Reserven“ des Lohnabhängigen rasant dahin. Das beweist, dass sie im *normalen* Geschäftsgang kaum etwas über den laufenden Lebensunterhalt hinaus verdienen; dass sie nicht erst in Krise knapp bei Kasse sind, sondern wenn die Unternehmen Gewinne machen und wachsen.

Dass vom Lohn leben müssen eine prekäre Existenz ist, weil die Unternehmen den Lohn immer als Kost ihres Gewinns drücken, kann man eigentlich immerzu an den *Sozialversicherungen* sich klar machen: Es muss schon der Staat eine Zwangsumverteilung des Lohns organisieren, damit vom Gezahlten auch die Arbeitslosen, Kranken und Rentner mitgeschleppt werden können. Denn kaum fällt der Lohn aus, stellt sich schnell raus, dass man mit ihm zu keinem Eigentum kommt, man deshalb eine Versicherungsstütze braucht. Und wie steht es um diese Sicherheit? Zur Sozialversicherung enthält die Krise eine verschärfte Lehre: Auch sie, die doch eine Absicherung gegen die Lebensrisiken der Lohnabhängigkeit ist, ist alles andre als ein Besitzstand der Leute, die sie brauchen. Der Staat gibt die Alo-Versicherung aus für ca. 1 Mio. in Kurzarbeit: Die Unternehmen können

monatelang zu minimierten Lohnkosten arbeiten lassen und kalkulieren, wie sie die Krise bestehen und mit wie wenig Stammpersonal sie dann durchstarten; die Kurzarbeiter müssen sich nicht nur an mehrfache Einkommensverluste gewöhnen, sondern auch, dass für alle die Renten und -erwartungen sinken. Es ist eben so, dass die Sozialversicherungen, die *gegen* die Risiken der Lohnabhängigkeit absichern sollen, vollkommen *abhängig* gemacht sind von der Lohnarbeit, wie sie die Unternehmen abrufen und bezahlen oder nicht und wie der Staat sie verwaltet. Nach wenigen Jahren Krise ist für die ganze versicherte Klasse dahin, was sich Lohnabhängige als ein bisschen materielle Sicherheit zugerechnet hatten, wenn sie jahrzehntelang arbeiten wie verlangt.

Spätestens seit Riester weiß der aufgeklärte Arbeitnehmer, was zu tun ist: Auch *privat* was zurück-, also anlegen. Das soll er wieder nicht als Zeichen seiner Armut verstehen, sondern als Freiheit & Lebensklugheit und Teilhabe am Kapital. Und all das tut der aufgeklärte Arbeitnehmer – und steht nach dem Lehman-Bankrott plötzlich vor einem „Abgrund“: Das, was er sich auf seinen Kontoauszügen immer als „mein Geld“ anguckt, kann sich von einem Tag auf den andern in Nichts auflösen, zusammen mit den Finanzhäusern, wo es „liegt“. Noch ein greifbarer Beleg, dass Lohnbezieher die Eigentumslosen sind und bleiben.

Dieser Krisenschock wäre Anlass genug, zu überlegen, in was für ein Geld-System man hier eigentlich eingespannt ist:

Der Normalverdiener hat sich „sein Geld“ – wie er sagt – „verdient“; er braucht es zum Kaufen oder Sparen. Kaum aber ist es auf dem Konto – egal ob Giro, Spar, Anlage, ist das Geld in der Hand der Banken, Fonds, Lebens-Versicherungen usw.; und durch deren Tat in einem ganz anderen Gebrauch unterwegs: Die benutzen Geld als *Geld-Kapital* für Geldkapitalgeschäfte.

Das machen Finanzhäuser mit allem Geld der Gesellschaft so, das über ihre Konten läuft, nicht nur mit dem Geld der Normalverdiener. Kein Verstoß gegens Eigentum, sie stehlen es nicht, sie leihen es sich. Sie ersetzen das Geld der Leute durch deren Anrecht auf Auszahlung, (genauer gesagt durch Anrechte differenziert nach Kontoart bzw. Anlagevertrag,) und zahlen den Leuten fürs Verleihen bzw. Anlegen ihres Geldes Zinsen o.ä.. Warum machen das die Finanzhäuser? Sie verschaffen sich so das Verfügungsrecht über das Geld aller und machen es für sich zu *Geldkapital*. D.h., dass sie mit fremdem Geld, mit der Geldmasse der ganzen Gesellschaft und nicht mit ihrem vergleichsweise sehr kleinen Eigenkapital die Finanzgeschäfte machen / können, an denen sie verdienen. Mittels *fremdem* Geld gewinnen und wachsen *sie*.

Die Geschäfte: Sie verleihen Kredit an Geschäftsleute aller Art gegen deren Verpflichtung, in Zukunft termingerecht mit Zinsen und Rückzahlung zu dienen; sie investieren in Wertpapiere aller Art, die in Zukunft Gewinne als Zinsen, Dividenden, Kurssteigerungen usw. versprechen; sie verkaufen Wertpapiere auf sich selber, die den Käufern dieser Papiere in Zukunft Gewinne als Zinsen, Dividenden, Kurssteigerungen versprechen, womit sie, die Emittenten und erfolgreichen Verkäufer dieser Papiere, sich schon wieder fremdes Geld verschaffen (auf etwas andre Art), um mit ihm diese ihre Geldkapitalgeschäfte auszuweiten. Alle diese Finanzgeschäfte operieren mit (mehr oder weniger verpflichtenden) *Versprechen* auf zukünftige Zahlungen, sind Spekulationen. Wenn die Macher dieser Geschäfte die Spekulationen nicht einlösen, dann offenbart sich, dass die in Zukunft *versprochenen Zahlungen Schulden* sind; mit der Härte, dass die Schuldennatur immer dann zum Vorschein kommt, wenn diese Schulden nicht mehr bedient werden können; wenn also Kreditnehmer nicht zahlen, wenn der Kurs von Wertpapieren heruntergehandelt wird, Wertpapiere unverkäuflich und wertlos werden oder mit der Forderung auf Auszahlung an den Emittenten zurückgegeben werden...Dann steht auf einen Schlag fest, dass das Geld nicht verfügbar ist, dass als Kapital in all diese Geschäfte gesteckt wurde und das in diesen Geschäften versprochen wurde. Und systemgemäß ist dann auch das Geld nicht verfügbar, das dem Normalverdiener auf seinem Giro- und Sparkonto versprochen ist. Wenn das einer Bank passiert, dann ist sie bankrott. Aber mit Regelmäßigkeit passiert das dem ganzen Finanzsektor, dann ist Finanzkrise.

In diesen Abgrund haben die Leute beim Lehman-Bankrott geguckt. Ihr Nachdenken erschöpfte sich leider in Sorgen. Sie haben der Kanzlerin für ihre Garantie gedankt, obwohl die eher die Banken geschützt hat vorm Ansturm der Sparer, als diese Kleinanleger vorm Bankrott; sie haben lieber gedankt, als sich klarzumachen:

Das ist das Geld-System, in das alle eingespannt sind: Geld ist dafür da und wird vollständig dafür eingesetzt, als *Geld-Kapital* Ertrag für die Geldkapitalisten abzuwerfen; und nur wenn diese Geschäfte gelingen, gibt es auch das *Geld*, das sich alle in der Gesellschaft als ihr Eigentum zurechnen; auch das Geld derer, die Geld nur zum Kaufen und Sparen (ge)brauchen.

Aber Achtung, keine falsche Gemeinschaft aller Betroffenen: Wenn die Finanzgeschäfte kollabieren, ist für die Finanzhäuser das *Geschäft* kaputt, für die Normalverdiener der *Lebensunterhalt*. Der ist in diesem System nämlich von Gelingen der Finanzgeschäfte abhängig gemacht. Lohn-abhängig heißt also: Man ist beim Verdienenmüssen des Geldes abhängig von der Entscheidung der Unternehmen, wie viele und welche Sorten Arbeitsplätze sie für sich als rentabel kalkulieren; *und* man ist bei Geldhaben und Bezahlenmüssen fürs Leben abhängig vom Aufgehen der Spekulationen der Geldkapitalisten.

### **Die „Systemrelevanz der Banken“ – Aus Schulden (mehr) Gewinn und Kapital machen, das ist das ganze System des Wirtschaftens**

Ausgerechnet der Riesenschaden, den die Finanzhäuser mit dem Platzen ihrer Spekulation in der ganzen Gesellschaft anrichten, wird zum schlagenden Argument gemacht, wie irre wichtig Banken & Co fürs System sind. Wichtig fürs System, das stimmt ja. Ärgerlich aber: Das meint gleich, wie *unverzichtbar* sie sind, für „uns alle“. So dass jedermann sich um Fortbestand und Genesung des Finanzkapitals zu sorgen hat – neben allem erlaubten Brass auf die Bonusgeier.

Jenseits dieser parteiischen Sorge wäre die Entdeckung der „Systemrelevanz der Banken“ ja mal ein Einstieg ins Nachdenken: Was ist denn das für ein *System*? Wo Finanzhäuser, bloß weil sie über Geld – über fremdes gar – *verfügen*, sie die herausragende *Geldquelle* haben, wo also - erstens - Geld haben = Reicherwerden ist? Wo – zweitens – von dieser Bereicherung mittels Geldkapital alles Produzieren und Konsumieren von Reichtum abhängig ist?

Kennen tut jeder diesen Sachverhalt: Kredit muss gewährt werden, nur dann wird produziert, gehandelt, Einkommen verdient und konsumiert; an der Finanzkraft und Renditeaussicht des Finanzsektors hängt im Kapitalismus der gesamte Lebensprozess der Gesellschaft. Was ist das, was einem da so geläufig ist?

Eine furchtbare Auskunft über die ohnmächtige und untergeordnete Rolle der *Arbeit* in diesem Wirtschaftssystem, obwohl auch im Kapitalismus nur die Arbeit den Stoffwechsel von Natur in Lebensmittel und Produktionsmittel macht: In diesem System haben Fachkunde und Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung nichts zu sagen bei der Entscheidung, ob, was und wie gearbeitet wird. Eine furchtbare Auskunft auch über die *Arbeitsprodukte* im Kapitalismus, die Produktionsmittel und Lebensmittel: Sie sind zu nichts nütze und verkommen, wenn sie nicht durch Kredit zum Zwecke eines Geschäfts in Gang gesetzt und gehandelt werden. All das nehmen die Menschen als Selbstverständlichkeit hin, wenn sie sich Sorgen machen (lassen), eine „Kreditklemme“ würde noch mehr voll funktionsfähige Produktionsanlagen und Fachkräfte brach legen. (Auch die stolzesten Facharbeiter nehmen hin, dass *sie* doch nichts in Gang setzen...)

Achtung: Über diese bekannte totale Abhängigkeit des Produktions- und Lebensprozesses von Kredit und Finanzgeschäft ist eine falsche Auffassung in Umlauf: Die Auffassung vom unentbehrlichen Dienst und von der Dienstleisterrolle des Finanzgeschäfts, über deren Ausbleiben in der Krise man jammert. Falsch daran ist wesentlich nur eins: Da ist das *maßgebliche Kriterium* für Kredit (und sonstige Finanzdienstleistungen) unterschlagen.

Erstens muss die Kreditvergabe absehbar *das Geldkapital der Kreditgeber* durch Gewinn *lohnend* machen; dafür und nur dann gibt es Kredit. Falsch ist auch die umlaufende Vorstellung über die Kreditnehmer in Industrie und Handel: Als wären die vornehmlich mit der sachlichen Herstellung und Verbreitung von Gütern, Dienstleistungen und – natürlich – Arbeitsplätzen befasst und bräuchten für diesen sozialen Dienst nun mal etwas geliehenes Geld, gewissermaßen als Schmiermittel. Nein, die nehmen Kredit und sonstiges „Fremdkapital“ ausschließlich dafür in Anspruch, dass ihr „Eigenkapital“, das sie in Produktionsprozesse, Logistik & Handel stecken, schneller mit Gewinn umschlägt, die Konkurrenz um Gewinn am Markt schlägt... Auch bei den Kreditnehmer in Industrie und Handel ist also – zweitens - das *maßgebliche Kriterium* für Kredit, das er das *Kapital* absehbar *lohnend* macht, jetzt das *der Kreditnehmer*; dafür und nur dann nehmen die Kredit.

Im Kern verfolgen Finanzkapitale und Kapitale in Industrie und Handel dasselbe Ziel: ihr Kapital durch Gewinne wachsen lassen. Und im Kern tun sie das auf die gleiche Weise: sie benutzen *fremdes* Geld, Schulden, dafür, *eigene* Gewinne zu machen, ihr Kapital wachsen zu lassen und für sich *aus Schulden mehr Kapitaleigentum* werden zu lassen. Als dritte Gemeinsamkeit ist festzuhalten: Finanzkapitale und Kapitale in Industrie und Handel unterwerfen diesem maßgeblichen Ziel gemeinsam alles Arbeiten und Konsumieren. Darin kollaborieren und darum konkurrieren sie: Arbeiten und Konsumieren sind dafür ranzunehmen und nur dafür da, aus Schulden Gewinn und mehr Kapitaleigentum werden zu lassen. Das ist das ganze *System* des Wirtschaftens, in dem Banken „systemrelevant“ sind.

Erst dann beginnt der Unterschied zwischen Finanzkapitalen und den anderen, der in der Krise die Form eines unharmonischen Nebeneinanders bekommt. Unternehmer in Produktion und Handel investieren ihr Kapital für Gewinn in Produktion und Handel; Finanzkapitale brauchen das nicht, ziehen Gewinn aus der reinen Verfügung über Geld. Im Einzelnen:

Unternehmer in Produktion und Handel investieren ihr Kapital darein, Produkte, die ganze Produktion einschließlich der Art des Arbeitens, die Verbreitung von Produkten vollständig dem Ziel zu unterwerfen und darauf hin zu organisieren, ihrem Kapital Gewinn zu verschaffen, aus der Vermarktung von Waren. Das machen sie gründlich und flächendeckend – die „reelle Subsumtion“ des gesellschaftlichen Stoffwechsels unter die Kapitalverwertung hat Marx das genannt. Ist das durchgesetzt, ist der Kapitalismus fertig. Und im fertigen ist jetzt der Gewinn, seine Masse und Rate und die Sicherheit, ihn in der Konkurrenz der Kapitalisten zu ergattern, wesentlich nur noch einem abhängig: Welche *Masse an Kapital* kann ein Unternehmen in die Produktions- und Marktschlacht schicken. Dann gilt – wohl gemerkt in Industrie und Handel: *Verfügen* über Kapital ist die entscheidende Gewinnquelle.

Darauf gründet sich das Finanzkapital. Es verfügt – wie gezeigt – über ziemlich alles Geld. Damit macht es Gewinn. Gegen Gewinnzusagen und bleibende Eigentumstitel machen Finanzkapitale anderen das Machtmittel schlechthin im Kapitalismus verfügbar: Geld; in erster Linie denen verfügbar, die Geld als Kapital brauchen. Verfügen über Geld, Verfügbarmachen von Geld, das ist bei denen schon die fertige Gewinnquelle.

Das hat eine Konsequenz: Dann wächst den Finanzkapitalen eine Entscheidungsmacht darüber zu, wohin wie viel Kapital fließt und wo nicht. Das Kriterium ist genannt: Wo wird absehbar ihr Geldkapital lohnend gemacht – danach bewerten Finanzkapitale alle in *einem* dauernden Vergleich, die „Finanzierungsbedarf“ anmelden. Die „Systemrelevanz“ der Banken fällt also mit dieser Macht zusammen.

**„Warum rettet der Staat die Banken mit Mrd, und für Arme hat er immer kein Geld?“ – Der Staat sichert kapitalistischen Reichtum und ausnutzbare Armut, denn dieses Produktionsverhältnis von abstraktem Reichtum ist seine Basis und sein Programm**

Nur eins stimmt an der Beschwerde, sie entlarvt eine Rechtfertigungslüge des Staates: Geldmangel ist nicht der Grund dafür, dass staatliche Leistungen für Arme so ärmlich ausfallen. Aber dass der Staat nichts für die Armen tut, stimmt nicht: HartzIV, Kurzarbeitergeld, ganze Existenzweisen von armen Leuten sind staatliche Tat. *Was* er tut ist zu kritisieren: Er erhält die Armen in der *Armut*, also in *der* kapitalistisch *ausnutzbaren* Lage. Wenn der Staat auf der andren Seite den gigantischen Bankenreichtum funktionsfähig halten will, den seine Eigentümer grad ruinieren – naturgemäß erfordert das gigantische staatliche Finanzen. Statt „ungerecht“ zu maulen, wäre das die Einsicht: Der Staat betreut beides: volkswirtschaftlich brauchbare Armut und geschäftstüchtigen kapitalistischen Reichtum. Das ist nämlich schon fast vollständig das Produktionsverhältnis, das er will.

Warum will der Staat – die aktuelle Besonderheit dieser Krise – grad die Banken, die *Finanzkapitale* retten? Nach dem Gesagten im Kern wenig rätselhaft und erklärungsbedürftig (Durchführung schon, s. FKIII demnächst).

Genau diese *Wirtschaftsordnung* will der Staat: Alles Geld der Gesellschaft soll über die Banken laufen; die sind vom staatlichen Eigentumsrecht ermächtigt, sich dieses Geld zu leihen und zu ihrem privaten Geld-Kapital zu machen; die Banken sollen nämlich ihr so gegründetes Geldkapital überall dorthin verleihen und investieren, wo sich (zusätzliches) Kapital anwenden lässt. Das tun Banken für ihre *privatwirtschaftliche* Bereicherung; für den Staat aber sind sie damit der Agent für Wachstum von Kapital schlechthin, der Agent für *kapitalistischen Nationalreichtum*, den der bürgerliche Staat bezweckt und auf den er seine Macht gründet. Sie sind dieser *Wachstumshobel*, indem sie *alles Geld und sogar erst nur versprochenes Geld der Gesellschaft verwandeln in Gewinn heckendes Kapital*. (Von der Bankenrettung fühlen sich auch manche KMU ungerecht behandelt. Merkel: Staat rettet die Banken grad für sie. Lehre: Staat will die Ermächtigung der Banken dazu, durch ihren Rendite-Vergleich zu entscheiden, welche KMU rentabel / kreditwürdig sind.) Die Ermächtigung der privaten Banken zum Verfüger übers nationale Geld und zur nationalen Wachstumsagentur hat natürlich die Konsequenz: Diese *nationalen Funktionen* sind in Gefahr, wenn das *Privatgeschäft* der Banken kaputt geht. Es ist daher kein Rätsel, dass der Staat alles in seiner Macht Stehende tut, die Banken zu retten.

Fast mehr erklärungsbedürftig ist, *was* der Staat macht und was geht. Die Finanzinstitute reißen sich reihum in den Offenbarungseid; ihr Handel ergibt, dass ihr gigantisches Vermögen aus lauter minderwertigen und unverkäuflichen Papieren, aus unbedienten und ungedeckten *Schulden* besteht, dass sie also auch das viele Geld gar nicht haben, das sie mit ihren gigantisch vielen Zahlungsverprechen auf Konten aller Art Kunden aller Welt versprochen haben. Und was macht der Staat? Im Kern nur eins und das immer wieder: Er verabredet sich mit seinesgleichen auf Rettung der Banken - und denen gibt er *Geld*. Das geht offenbar: Das ruinierte „*Erwirtschaften*“ von Geld ersetzen durch das *Stiften* von Geld durch staatliche *Macht*. Anders gesagt: Was die stolz freie Wirtschaft nicht hinkriegt, was die privat wirtschaftenden Banken nicht verdienen, was der freie Markt mit seinen „Selbsteilungskräften“ nicht wieder hinkriegt, die *Geld-Macht* der Banken – die *Staatsgewalt* hält sie aufrecht; die Banken wackeln, aber keinen Moment steht in Frage, dass man entweder von ihnen Geld bzw. Kredit bekommt, oder nix geht in Sachen Produzieren und Konsumieren. Die Banken bleiben diese Entscheidungsmacht – von Staats wegen. Mit der Rettung der Banken rettet der Staat also das *Regime des Geldes*: Geld und nur Geld ist das Kommandomittel über stofflichen Reichtum und Arbeit, mit dem sich die freien Bürger wirtschaftlich zu schaffen machen - oder ohne das sie nur arm sind. Und das kann man jetzt an der Krise studieren: Wenn die Staatsmacht und nur die Staatsmacht in der Krise die Macht hat, das Geld zu retten, dieses A&O von Privatwirtschaft und Privateigentum, dann gilt: In dieser Zugriffsmacht des *Privateigentums* steckt – die Ermächtigung durch die *Staatsgewalt*. Von wegen also: Marktwirtschaft und Privateigentum = „Staat raus“! Im Geld,

diesem Inbegriff kapitalistischer Freiheit und Autonomie, steckt die staatliche Ermächtigung der großen und kleinen Privateigentümer gegeneinander. Das mal zu erkennen, dafür bietet der Kern der Anti-Krisenpolitik des Staates eine besondere Gelegenheit.

Die Kehrseite: Was der Staat da garantiert, das ist und bleibt die *Privateigentümersmacht* in Geldform. Konsequenz: Das *Erwirtschaften* von Geld hat der bürgerliche Staat den konkurrierenden Kapitalen überantwortet und das will er auch in der Krise nicht ändern. Die Politiker lügen nicht, wenn sie z.B. in Haushaltsentwürfen schreiben, das hätten sie nicht im Griff: Ob die Finanzhäuser wieder Kredite vergeben und investieren, also auf Wachstum spekulieren; ob Unternehmen mit frischem Fremdkapital wieder nach Profiten und Märkten jagen. Es gehört zur Systemtreue des Staates, dass über die Erwirtschaftung des Reichtums, der allein im Kapitalismus zählt, ausschließlich die ermächtigten Finanz- und sonstigen Kapitalisten mit ihren Gewinn-Spekulationen entscheiden.

Passend dazu die begleitende trostlose Schlaumeierei, die vor der möglichen Gegenentwicklung von Wachstum warnen: Das viele vom Staat gestiftete Geld könnten die Unternehmen auch bloß für Preissteigerungen ausnutzen – „Inflation“; und die grad geretteten Finanzinstitute könnten gegen die Solidität der Währung und des Standorts der Staaten spekulieren, weil die grad so riesige Staatsschulden zur Rettung dieser Finanzinstitute aufgelegt haben. Geistig erbärmlich ist an diesem Expertentum, dass es gleich aus der entschiedenen Perspektive des Hinnehmenmüssens die Entscheidungen der Kapitalisten in ihrer Konkurrenz darstellt, wie eine unbeherrschbare Naturkatastrophe. Diese Denke passt aber zur kapitalistischen Freiheit. Und sie passt zum staatlichen Bekenntnis zur Ohnmacht.

Beim Staat allerdings hat sein Bekenntnis zur Ohnmacht eine Kehrseite: Der Staat verspricht, dass er mit all seiner Macht die Bevölkerung diesem Experiment der Konkurrenz aussetzen wird, das zu diesem System gehört, und dass er sie dafür rannimmt.